

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

im Parteienspektrum (west-)europäischer Demokratien sind rechtspopulistische Parteien längst nichts Ungewöhnliches mehr. Neu ist jedoch, dass sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) auch in der Bundesrepublik eine solche Partei in den Länderparlamenten und im Bundestag etablieren konnte. Auch wenn Deutschland noch weit entfernt von einer Regierungsbeteiligung der Rechten zu sein scheint – anders als z.B. in Österreich halten hier noch die Abgrenzungsbemühungen der anderen Parteien an –, lässt sich doch bereits jetzt eine Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas und der politischen Kultur feststellen. Diffamierungen, verbale Entgleisungen und offenes Propagieren rechtsextemer Politikinhalt prägen zunehmend die politischen Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Debatten. Diese Entwicklung geht nicht zuletzt mit einem globalen Erstarken autoritärer Politik- und Gesellschaftsentwürfe Hand in Hand. Dies zeigt sich beispielsweise in zahlreichen europäischen Ländern mit Blick auf die Migrationspolitik. In östlichen EU-Ländern wie Polen und Ungarn geraten Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und Minderheitenrechte verstärkt in Gefahr. Und auch ein offen frauenverachtender und sexistischer US-Präsident kann – nicht nur aus feministischer Perspektive – als demokratisch bedenkliche Zäsur betrachtet werden, die nicht zuletzt breite Proteste von Frauen* und Feminist_innen provoziert hat.

Rechte und autoritäre Politiken beruhen in der Regel auf traditionellen und heteronormativen Familienvorstellungen – auch wenn manche Protagonist_innen rechter Parteien individuell durchaus davon abweichende Lebensmodelle wählen. Die Vorstellung einer ‚natürlichen‘ hierarchischen Zweigeschlechterordnung wirkt sich nicht nur auf die einschlägigen Politikbereiche wie Gleichstellungs-, Familien- und Bildungspolitik aus, sondern bewirkt eine Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse insgesamt. Wie autoritäre Politik- und Gesellschaftsentwürfe gesellschaftliche Pluralität, Differenz und Vielfalt zu zerstören trachten und welche konstitutive Rolle die Mobilisierung gegen Gender und eine vermeintliche ‚Genderideologie‘ dabei einnimmt, wird im Schwerpunkt „Angriff auf die Demokratie“ untersucht, den Gabriele Wilde zusammen mit Birgit Meyer als Gastherausgeberin betreut hat.

Das Forum setzt sich in dieser Ausgabe mit dem kontroversen Thema der Sexarbeit auseinander. Handelt es sich bei Sexarbeit um „eine Arbeit wie jede andere auch“ oder ist sie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Machtverhältnisse grundsätzlich als unterdrückend und entwürdigend abzulehnen? Diese Frage beleuchten die Beiträge von Sabine Grenz und Sarah Speck auf empirischer bzw. queer-theoretischer Grundlage. Die Tagespolitik nimmt die aktuellen Regierungsbildungen in Deutschland und Österreich in den Blick. Weitere Themen sind das Verbot der Gesichtsverhüllung in

Österreich, eine kritische Diskussion der #MeToo-Debatte im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt, geschlechterpolitische Auseinandersetzungen in Lateinamerika sowie die Rolle von Frauen bei den Friedensbemühungen in Äthiopien. Hochschul- und wissenschaftspolitische Informationen präsentiert die Rubrik Neues aus Lehre und Forschung, in der außerdem die Ergebnisse einer aktuellen LGBTIQ*-Wahlstudie für Deutschland und Österreich sowie Ergebnisse einer Studie zu den Karrierewegen von FH-Professorinnen vorgestellt werden. Die Besprechungen ausgewählter aktueller Publikationen finden sich in der Rubrik Rezensionen. Im Anschluss haben wir wie immer einen breiteren Überblick der Neuerscheinungen in der Rubrik Ankündigungen und Infos zusammengestellt.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2018 100 Jahre Frauenwahlrecht – und wo bleibt die Gleichheit?

1/2019 Her mit der Zukunft?! Feministische und queere Utopien und die Suche nach alternativen Gesellschaftsformen